

Breslauer



Beitung.

N° 332.

Sonnabend den 30. November

1850.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Bond-Course und Produkte.

Stettin, 28. November. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen 34½ Br., p. Frühjahr 38½ Gld. Rübel 10½ bez. und Br. Spiritus 22, p. Frühjahr 20 Gld.

Frankfurt a. M., 27. Novbr. Nachmitt. 2 Uhr 30 M.

Nordbahn 31½, 4½% Metalliq. 51, 5% Metalliq.

61. Banknoten 860. Lose 136, 76. Spanier 30.

Badische Lose 28. Kurhessische Lose 27½. Wien 82.

Großherzogtum Br., zuletzt 4½% Metalliq. 47½ Gld.

Paris, 26. November. Abends 8 Uhr. Es werden

Komitees errichtet, um allen compromittierten Deutschen

die Rückkehr zu erleichtern.

In das Departement Youne wurden Truppen gesandt,

um etwaigen Unruhen vorzubereiten.

Die Angelegenheit Allaire kommt vor die Assisen.

Das Resultat der Wahlen im Cher-Departement ist

nach nicht bekannt. (Die heutigen Depeschen aus Wien und Frankfurt a. M. sind nicht eingetroffen.)

Paris, 26. November. Nachmittags 5 Uhr. 3% 56,

65, 5% 91, 50.

Amsterdam, 27. November. Nachmittags 4 Uhr 30 Mi-

nutten. Bonds flau. Integrale 54. Spanische inländische

Schuld 32½, 2½% Metalliques 35½, 4½% Met.

66½, 5% Metalliques 71½. Russische 4% Hope

(1840) 84½.

Amsterdam, 27. November. Nachmittags 4 Uhr 30

Minuten. Raps p. November 58. Rübel p. November

34½, p. Frühjahr 35½ willig. Roggen preishaltend.

Übersicht.

Breslau, 29. Novbr. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer wurde die Konstituierung der Sachkommissionen angezeigt und ein Antrag auf Abänderung eines Punktes der Geschäfts-Ordnung angenommen.

Die Adress-Kommission hat am Mittwoch Abend die bewußte

Sitzung gehalten, jedoch haben die Mittheilungen des Minister-Präsidenten v. Ladenberg den Erwartungen nicht entsprochen. Dieselben waren ganz allgemein gehalten und enthielten nichts, was nicht schon früher bekannt geworden war. Über die Verhandlungen mit Österreich, über die Institutionen des Grafen Brandenburg bei der Konferenz in Warschau, namentlich aber über die letzten Instruktionen des Ministers v. Manteuffel bei der gegenwärtigen Konferenz in Olmütz kann man nichts. Es fielen deshalb bittere Bemerkungen hierüber, sowie über die Reise des Ministers überhaupt. „Man fand darin, so schreibt einer unserer Korrespondenten, eine bedauernswerte Fortsetzung jener schwächlichen Politik, welche zuerst die deutsche Angelegenheit vor das Forum eines fremden Herrschers brachte, und jetzt in Person nach Österreich walsahert, um dem Wiener Kabinett die Konzessionen in das Haus zu tragen.“ Man wird deshalb die Rückkehr des Ministers von Olmütz nicht abwarten, sondern es ist sofort eine Unter-Kommission ernannt worden, welche die Adresse zu entwerfen hat. Die Annahme und Redaction soll in der Kommission beschleunigt werden, um die Adresse so schnell als möglich vor die Kammer zu bringen. Auch für den Fall, daß der Adress-Entwurf nicht energisch genug lauten sollte, hat man sich vorgesehen und den Abgeordneten Vincke mit der Abschrift eines besonderen Entwurfs beauftragt.

Aus Wien wird gemeldet: daß das gesammte dortige Personale der russischen Gesandtschaft sich nach Olmütz begeben habe, um an den Konferenzen zwischen den Ministern v. Manteuffel und Schwarzenberg Theil zu nehmen!!

Der Wiener ministerielle „Eloyd“ meldet das falsche, aber doch bemerkenswerthe Gerücht: daß S. M. der König und die Königin von Preußen nach Breslau (zu einer Zusammenkunft mit dem Kaiser von Österreich), abgereist seien.

Der Berliner ministerielle „Reform“ wird glaubwürdig aus Frankfurt a. M. gemeldet, daß in dem Augenblick, wo ein Zusam-

menstoß der beiderseitigen Herren in Kurhessen sich unvermeidlich schien, ein *deus ex machina* sich gefunden habe, welcher den Frieden zwischen Österreich und Preußen wahrte. Es habe nämlich plötzlich

der Kurfürst von Hessen dem sogenannten Bundestag angezeigt, er beabsichtige nach Kassel zu gehen, um die Regierung seines Landes verfassungsmäßig wieder zu übernehmen, womit ein Zurückkehren der in Kurhessen eingerückten beiderseitigen Truppen zu verhindern wäre. Graf Thurn habe von diesem Antrage seiner Regierung in Wien Anzeige gemacht, und es sei die Zustimmung des Ministerpräsidenten Schwarzenberg zu erwarten.

Unter Berlin thellen wir Aussführlicheres mit sowohl über die Zugeständnisse, welche Graf Brandenburg in Warschau, die Räumung Kurhessens betreffend, gemacht hat, als über die Unterhandlungen mit Österreich bis zur Abreise des Ministers v. Manteuffel nach Olmütz. Auch geben wir einige Notizen über Neuänderungen des russischen Kaisers, betreffend die Beseitigung der österreichischen und preußischen Verfassung. Österreich soll förmlich die Zusage geleistet haben, die Verfassung vom 4. März nie ins Leben treten zu lassen.

Die preußischen Truppenkorps aus den östlichen Provinzen sind

in Bewegung nach ihren strategischen Vereinigungspunkten befreit. — Am lebendigsten sind diese Truppenbewegungen an den Grenzen Kurhessens, namentlich aber in Thüringen und Sachsen. — Ebenso sollen die Kontingente sämmtlicher Herzogthümer mobil gemacht und dadurch ein Hilfskorps von 50.000 Mann gewonnen werden. In Weimar hat ein Theil der Truppen am 23. Novbr. Marchordate erhalten.

Am 27. kamen 1100 Mann Reserven des 18. preuß. Infanterie-Regiments in Kassel an. Sie rückten nach Hersfeld gegenüber dem bayerischen Lager.

Hessische Blätter melden immer mehr von Gewaltthäugkeiten, welche die Baiern in Fulda und Hanau verüben. Ein Kurioseum, welches wir hier beispielweise erwähnen, mag zeigen, wie schwer es den armen Hessen werden mag, jene rohen, unersättlichen Baiern zu bestredigen. Ein Frau in Fulda wurde von dem bei ihr einquartierten bayerischen Soldaten bei dem Militärtheater angegriffen, ihm vergifft zu haben, weil er (der Soldat) heftiges Bauchgrauen fühlte. Die Frau mußte die Reste der Mittagsmahlzeit, (fleisch mit Backobst und Klöße) herbeischaffen und sollte 2 der vorgeblich vergifteten Klöße verzehren. Auf weiteres Befragen kam dann heraus, daß der Bayer außer seiner Vor-

tion Fleisch und einer Schüssel Backobst noch neunzehn der größten Kartoffelklöße verzehrt habe, mithin seine Unterleibsbeschwerden sehr natürlich seien.

Am 26. Novbr. kam der Erzherzog Albrecht, Kommandirender des österreichischen Armeekorps bei Württemberg, in München an. Nach einem festlichen Empfang hielt er mit dem König von Bayern und dem Ministerium eine Besprechung, den Feldzugspannen betreffend.

Am 26. Novbr. Abends haben sich zum drittenmale die blutigen Konflikte zwischen dem bayerischen und dem preußischen Militär in Frankfurt a. M. wiederholt, trotzdem daß die energischsten Maßregeln dagegen getroffen worden waren.

Am 23. Novbr. haben die ersten Truppenheile der Preußen den Rückzug aus der Festung Rastatt angetreten.

Der zum russischen Gesandten bei dem sogenannten Bundesstage designierte Fürst Gortschakoff wird für den Winter auf seinen Gesandtschaftsposen in Stuttgart zurückkehren.

Von der Regierung Württembergs ist statt des nicht zusammengekommenen Ausschusses vom 10. August 1849 eine neue Staatschulden-Verwaltungskommission berufen worden.

Im ganzen Königreich Hannover gibt sich die entschiedenste und allgemeinste Stimmung der Bevölkerung gegen den projektierten Durchmarsch der Bundesflagge-Truppen in vielfachen Petitionen und Abresten fund.

Aus Thüringen läßt sich die „Deutsche Zeitung“ schreiben, daß die englische Regierung die schleswig-holsteinische Angelegenheit dadurch in Ordnung bringen werde, indem sie die Herzogthümer für sich in Besitz nehme. Die Sache klingt zu fabelhaft, als daß sie geglaubt werden könnte, und doch darf man sie nicht unbeachtet lassen, denn diese Eßung der holsteinischen Wirren würde den deutschen Handel auf ewig vernichten. Freilich eine furchtbare, aber gerechte Strafe der unglaublichen Schwäche, die Deutschland den Herzogthümern gegenüber an den Tag gelegt hat!

Der „Düsseldorfer Ztg.“ ist aus glaubwürdiger Quelle Mittheilung geworden über die mannigfachen und angestrengten Bemühungen der österreichischen Regierung, um England zur Anerkennung des sogenannten Bundesstages zu bewegen. Jedoch sind alle Anstrengungen vergeblich gewesen. Die britische Regierung erklärt schließlich, sie werde sich nie herablassen, den sogenannten Bundestag anzuerkennen, so lange die Bundesflagge-Truppen in Kurhessen seien, und die kurhessische Verfassung als unvergleichlich garantieren werden. Und selbst dann wird sich die britische Regierung schwierig zur Anerkennung entschließen. Das Königreich Sardinien fängt an im Stillen gegen Österreich zu rüsten.

Aus dem Königreiche Sachsen verlautet, daß die Rüstungen wieder in verdeckter Weise vorgenommen werden. Die sächsischen Truppen sind bei Großenhain, Riesa, Pirna und Königstein aufgestellt, um den Elb-Uebergang zu schützen. In der Nacht werden sogar Feldwachen ausgesetzt. Bis jetzt sind noch keine Österreicher über die sächsische Grenze geschritten.

Dagegen mehren sich täglich die österreichischen Truppenmassen an der schlesisch-holsteinischen Grenze und besonders in der Lautscher Gegend. Bei Hartmannsdorf haben 2 österreichische Offiziere und 2 Gemeine die preußische Grenze überschritten.

General Radouwic ist am 25. November in London angelommen.

Preussen.

Kammer-Verhandlungen.

Zweite Kammer.

Sechste Sitzung vom 28. November.

Tagesordnung: Kommissionsbericht über den Pochhammerischen Antrag, die Abänderung von § 19 der Geschäftsordnung betreffend.

Die Sitzung wird vom Präsidenten Grafen Schwerin nach 1½ Uhr eröffnet, und es zeigen sich auch heute die Zuschauer nicht zahlreicher als früher gefüllt. Die Ministerbank ist ebenfalls leer. Später nimmt der Finanzminister Dr. von Nähe Platz auf derselben. Gegen das Protokoll der letzten Sitzung wird keine Einwendung erhoben. Der Präsident meldet den Eintritt dreier neu eingetroffener Abgeordneten so wie die erfolgte Konstituierung der Sachkommissionen.

Die Verhandlung über den Pochhammerischen Antrag wird durch einen kurzen Vortrag des Antragstellers, Herrn Pochhammer, eingeleitet, worauf der Berichterstatter des Geschäftsausschusses Herr Groddeck diejenigen Änderungen moist mit welchen dieser Ausschuß den Pochhammerischen Antrag der Annahme der Kammer empfohlen hat. Auf die Diskussion des Gegenstandes verzichtend entscheidet sich das Haus für die Annahme des Antrags in der vor der Kommission befürworteten Fassung, in welcher der von uns schon erwähnte An-

* Die verschiedenen Sachkommissionen sind folgendermaßen zusammengesetzt:

1. Kommission für das Justizwesen, Breithaupt (Gavelberg), Simons, Hartmann, Reuter (Tilsit), Bengel, Büchtemann, Stolle, v. Braunschweig, Broisher, Körner, von Schmid, Kleinwächter, Siebeth, Klauewitz.

2. Kommission für das Gemeindewesen: v. Ende, Meyer-Friedberg, Schulenburg, v. Saarland (Juliusfelde), Lancelle, Graf von Poniatowski, Elitz, Graf Monts, v. Seckendorff, Frhr. v. Schletheim, Leutwein, Ulrich, Dietbold, v. Richthofen.

3. Kommission für das Unterrichtswesen: Bieck, Bülow, Külz, Bülow, Auerswald, Oppenholz, Ullrich, Trendelenburg, Siegler, Beck, Kremer, Eckstein, Graf Billers, Landsermann.

4. Petitions-Kommission: v. Leipziger, Schäffer, Wehner, Hoffmeyer, v. Nitschow (Ratibor), v. Pilgers (Koblenz), Mill, Bernich, Winzer, Weber, Böschwinkel, Dierstweg, v. Stoich, v. Grasow, Graf Strachwitz, v. Kleist-Niemitz, Klingenberg, Schröd, Ahlemann, Bleibtreu, Sämmler, Haupt, Bock, v. Schmid, v. Busche-Kessel, Ramelsdorf, Maase, Graf Stolberg.

5. Agrarkommission: Bauer (Sagia), Graf Busche-Kessel, von Bismarck-Briest, Berndt-Nimpf, Rose, Hoffmann, Elwanger, von Albenhoven, Ambrosi, Schwarz, Wolff, Kell, Langer, Kögel.

6. Kommission für Handel und Gewerbe: Bauer (Wachen), Steinbeck, Grenzberger, Bormann, Groddeck, Erbreich, Nitscheg, Begener, Grundmann, Trojan, v. Liebahn, Fröhner, Berndt, Riedel, Jordan, Gamet, Pochhammer, Strobel, v. Bernuth, Scheller, Hartkort, Pelzer, Schröder, Kette, Tetzlamps.

7. Kommission für Finanzen und Zölle: v. Beckerath, v. Haagen, Sack, v. Patow, Simons, Palm, Campausen, Kruse, Elsing, Riedel, Jordan, Gamet, Pochhammer, Strobel, v. Bernuth, Scheller, Hartkort, Pelzer, Schröder, Kette, Tetzlamps.

8. Kommission für Landwirtschaft und Forstwesen: v. Beckerath, v. Haagen, Sack, v. Patow, Simons, Palm, Campausen, Kruse, Elsing, Riedel, Jordan, Gamet, Pochhammer, Strobel, v. Bernuth, Scheller, Hartkort, Pelzer, Schröder, Kette, Tetzlamps.

trag folgendermaßen lautet: Um die einzelnen Verwaltungsetats zu prüfen, werden neue Spezial-Kommissionen niedergelegt — für

3) die Etats der allgemeinen Kosten-Verwaltung, der Verwaltung des Staatschafes und Münzwissens, der Hauptmünze, der Staatschulden-Verwaltung, der öffentlichen Schuld, und das Verzeichniß auf die Kurhessische Angelegenheit, die ausschließlich und dringend behandelt wurde, während die holsteinische zwar nicht unerwähnt blieb, aber doch in den Hintergrund trat. Österreich verlangte die Räumung Kurhessens von preußischen Truppen, weil eine beständige Besetzung der Etappenstraßen nach den Verträgen unzulässig sei. Die Etappenstrassen sollten übrigens durch Erklärung des Bundestages für die preußische Bevölkerung vollkommen gesichert bleiben. Dieses Verlangen begleitete die österreichische Gesandte, seinen Institutionen gemäß, mit der entschiedenen Drohung, abzureisen, im Falle binnen einer Frist von 48 Stunden die Zustimmung nicht erfolgen sollte. — Auf die Erklärung des Ministeriums, nochmals direkte Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung anknüpfen zu wollen, erwiderte der österreichische Gesandte, seinen Institutionen gemäß, mit der entschiedenen Drohung, abzureisen, im Falle binnen einer Frist von 48 Stunden die Zustimmung nicht erfolgen sollte. — Auf die Erklärung des Ministeriums, nochmals direkte Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung anknüpfen zu wollen, erwiderte der österreichische Gesandte, seinen Institutionen gemäß, mit der entschiedenen Drohung, abzureisen, im Falle binnen einer Frist von 48 Stunden die Zustimmung nicht erfolgen sollte. — Auf die Erklärung des Ministeriums, nochmals direkte Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung anknüpfen zu wollen, erwiderte der österreichische Gesandte, seinen Institutionen gemäß, mit der entschiedenen Drohung, abzureisen, im Falle binnen einer Frist von 48 Stunden die Zustimmung nicht erfolgen sollte. — Auf die Erklärung des Ministeriums, nochmals direkte Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung anknüpfen zu wollen, erwiderte der österreichische Gesandte, seinen Institutionen gemäß, mit der entschiedenen Drohung, abzureisen, im Falle binnen einer Frist von 48 Stunden die Zustimmung nicht erfolgen sollte. — Auf die Erklärung des Ministeriums, nochmals direkte Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung anknüpfen zu wollen, erwiderte der österreichische Gesandte, seinen Institutionen gemäß, mit der entschiedenen Drohung, abzureisen, im Falle binnen einer Frist von 48 Stunden die Zustimmung nicht erfolgen sollte. — Auf die Erklärung des Ministeriums, nochmals direkte Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung anknüpfen zu wollen, erwiderte der österreichische Gesandte, seinen Institutionen gemäß, mit der entschiedenen Drohung, abzureisen, im Falle binnen einer Frist von 48 Stunden die Zustimmung nicht erfolgen sollte. — Auf die Erklärung des Ministeriums, nochmals direkte Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung anknüpfen zu wollen, erwiderte der österreichische Gesandte, seinen Institutionen gemäß, mit der entschiedenen Drohung, abzureisen, im Falle binnen einer Frist von 48 Stunden die Zustimmung nicht erfolgen sollte. — Auf die Erklärung des Ministeriums, nochmals direkte Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung anknüpfen zu wollen, erwiderte der österreichische Gesandte, seinen Institutionen gemäß, mit der entschiedenen Drohung, abzureisen, im Falle binnen einer Frist von 48 Stunden die Zustimmung nicht erfolgen sollte. — Auf die Erklärung des Ministeriums, nochmals direkte Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung anknüpfen zu wollen, erwiderte der österreichische Gesandte, seinen Institutionen gemäß, mit der entschiedenen Drohung, abzureisen, im Falle binnen einer Frist von 48 Stunden die Zustimmung nicht erfolgen sollte. — Auf die Erklärung des Ministeriums, nochmals direkte Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung anknüpfen zu wollen, erwiderte der österreichische Gesandte, seinen Institutionen gemäß, mit der entschiedenen Drohung, abzureisen, im Falle binnen einer Frist von 48 Stunden die Zustimmung nicht erfolgen sollte. — Auf die Erklärung des Ministeriums, nochmals direkte Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung anknüpfen zu wollen, erwiderte der österreichische Gesandte, seinen Institutionen gemäß, mit der entschiedenen Drohung, abzureisen, im Falle binnen einer Frist von 48 Stunden die Zustimmung nicht erfolgen sollte. — Auf die Erklärung des Ministeriums, nochmals direkte Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung anknüpfen zu wollen, erwiderte der österreichische Gesandte, seinen Institutionen gemäß, mit der entschiedenen Drohung, abzureisen, im Falle binnen einer Frist von 48 Stunden die Zustimmung nicht erfolgen sollte. — Auf die Erklärung des Ministeriums, nochmals direkte Unterhandl

haben zu erwarten, ob diese in der offiziellen Region jetzt wieder hervorbringende Hoffnungen sich in Oimüs bewahrten.

[Über das angeblich von dem Grafen Brandenburg in Warschau gemachte Zugeständnis der Räumung Kurhessens] giebt die Sp. Ztg. folgende, anscheinend aus guter Quelle kommende Nachrichten. Das Zugeständnis der Räumung Kurhessens, welches der Graf v. Brandenburg leider in Warschau an Österreich und Russland gemacht hatte, auf welche Autorität hin, werden die der Adresskommision vorzulegen den Dokumente aufklären, — wird von Österreichs Seite tatsächlich überall in den Vorgängen geschoben, während man in Warschau es dem Grafen Brandenburg als eine durchaus untergeordnete Frage gegen die Ordnung der allgemeinen deutschen Angelegenheiten dargestellt habe. Man hatte dort die Frage nach der jetzt existierenden Verfassung Deutschlands gestellt, und da der Graf Brandenburg zugestehen musste, daß ein Centralorgan nicht bestreite, so zog man den Schluß, daß die einzelnen deutschen Fürsten dennoch völlig souverän seien. Auch dies befahlte Graf Brandenburg, und gab damit der Folgerung Raum, daß also der Kurfürst von Hessen als Souverän völlig freie Hand habe, in sein Land zu rufen, wen er wolle. So gestand Graf Brandenburg die Räumung Kurhessens von Seiten Preußens zu. Auf diese Grundlage sich stützend, forderte Österreich seitdem stets die Erfüllung dieses Zugeständnisses als erste Bedingung irgend einer weiteren Verhandlung, und als vor einigen Tagen ein letzter Versuch gemacht werden sollte, sich in einer diplomatischen Konferenz mit Österreich zu verständigen, ehe man die Feindseligkeiten wirklich zum Ausbruch kommen ließe, stellte Österreich die kategorische Forderung, daß Preußen erst seinen eingegangenen Verpflichtungen, hinsichts der Räumung Kurhessens, nachzukommen habe, bevor man in eine weitere Verhandlung mit ihm eintreten könne. Hierauf erfolgte preußischer Seitens die entschiedene Antwort, daß auf diese Bedingung nicht eingegangen werden könne, und daß man unter dieser Bedingung auf ferne Verhandlungen verzichte. Demnach der Graf Brandenburg war ohne Autorisation des hiesigen Ministerrats zu jenen Zugeständnissen vorgangen, und dieser konnte in keiner Weise sich dadurch gebunden erachten, mußte im Gegenteil erklären, daß er eher den Krieg beginnen, als in die Räumung Hessens willigen werde. Hierauf sah Österreich von seiner gestellten Voraussetzung für nachmalige Verhandlungen ab, und in Folge dessen ist der Minister von Manteuffel gestern zu einer Konferenz mit dem Fürsten Schwarzenberg abgereist.

[Die hessische Angelegenheit] wird von der N. Preuß. Ztg. mit folgenden Worten erzählt: „Es scheint sich zu bestätigen, daß der Kurfürst gemeint ist, eine Einigung mit den Ständen herbeizuführen, wobei nicht zu erkennen ist, daß ein großer Theil derselben es an Anstrengungen für solchen Zweck nicht schenkt. Gewiß ist, daß der Kurfürst den bestimmten Antrag an den „Bundestag“ gestellt hat, es möge der selbe die „Bundestruppen“, Österreich wie Bayern, aus dem hessischen Lande zurückziehen. Auf diese Vorgänge dürfte sich das eigenhändige Schreiben Sr. Maj. des Königs beziehen, welches gestern der General v. Holleben nach Kassel überbracht hat. — Hier in Berlin wie in Kassel glaubt man an die nahe bevorstehende zufriedenstellende Erledigung der hessischen Angelegenheit nach Innen wie nach Außen. — Noch spricht man in gutunterrichteten Kreisen davon, es werde der Kurfürst an der Spitze von 2000 Mann hessischer Truppen in Kassel einrücken, welches vorher von den preußischen Truppen verlassen werden würde. Von Amnestie und Entlassung des Premierministers Hasenpflug ist gleichfalls die Rede.“

Die Zusammenkunft des Minister v. Manteuffel mit dem Fürsten Schwarzenberg, mit diesen Worten nicht endlich die D. Ref. ihr Schweigen, wird nicht in Oderberg, sondern in Oimüs stattfinden.

[Hier v. Blittersdorf] verbreitet sich in der „Ober-Post-Ztg.“ über die Schwierigkeiten, welche einer Bundesrepublik in Holstein entgegenstehen. Hieran sei aber Russland Alles gelegen, und Preußen werde sich den ernstesten Verwicklungen aussehen, wenn es die Fortdauer der jetzigen Zustände in den Herzogtümern, wenn auch nur indirekt, ermögliche. „Wie glauben daher, fährt Hr. v. Blittersdorf fort, daß Preußen eine andere Absicht mit den gegen den Bundestag gerichteten Schritten verbindet. Diese kann nur darin bestehen, daß es dasjenige selbst thut, was es dem Bunde zu thun nicht gestatten will. Wir haben somit zu gewärtigen, daß die preußische Regierung bei der Statthalterschaft in Holstein auf das nachdrücklichste einschreiten wird, um die Einführung der Feindseligkeiten und die Reduzierung der holsteinischen Armee herbeizuführen. Da in Preußen mit der Entfernung des Hrn. v. Madowitz ein Systemwechsel eingetreten ist, und das jetzige Ministerium sich nicht auf die Gothaer Partei, sondern auf das speziell preußische Ministerium stützt, so kann die preußische Regierung dies auch thun, ohne mit sich in Widerspruch zu gerathen. Sie wird in Holstein eben so konservativ auftreten müssen, als sie gesungen ist, es in eigenen Lande zu thun. Nachdem Preußen seine Qualität als Großmacht in die erste Linie gestellt hat, kann es seine Politik nicht von der des übrigen Großmächte trennen und wird deshalb auch aufschnellen müssen, die Revolution in Holstein zu begünstigen. Sollte daraus auch eine Impopularität hervorgehen, so wird dieser Nachtheil dadurch reichlich aufgewogen, daß es sich Russland gewissermaßen kann, als es seither der Fall gewesen ist. Man kann es sich nicht verhehlen, daß Preußen den Erfolg seiner deutschen Politik hauptsächlich darauf stützt, daß Russland über eine gewisse Linie hinaus aufschreiten müsse, seine Widersacher zu unterdrücken. Diese Linie ist diejenige, wo Preußen offen und entschieden mit der Revolution gebrochen hat, und nur noch seine speziell preußischen Interessen, gestützt auf die konservativen Elemente seines Staates, zu verteidigen trachtet. Demnach müssen wir auch gewärtig sein, daß die preußische Regierung Alles aufstellen wird, um bei den Verhandlungen des Landtags den Sieg der speziell-preußischen Partei sicher zu stellen. Gelegentlich ihres nicht und sollte die Partei der Gothaer oder der Unionisten neuerdings ans Ruder gelangen, so würde nicht nur Österreich, sondern auch Russland gezwungen sein, den Kampf mit Preußen aufzunehmen, entstehe daraus, was da wolle.“

Nach einer Mittheilung der „N. Hessischen Ztg.“ scheint es jedoch zweifelhaft, ob eine speziell-preußische Majorität in unsern Kammergen genügen wird, uns Russland seine Wohlwollen zu sichern, welches vielmehr in einem Aufgeben des parlamentarischen Systems überhaupt geknüpft scheint. Dieses Blatt bestätigt die bereits in Österreich vorlieb bis uns vielfach hervorgetretenen Besorgnisse in Betreff der Warschauer Verhandlungen durch folgende, aus angeblich guter Quelle geschöppte Mittheilung: „Österreich hat durch Staatsvertrag die Verfassung vom 4. März 1849 Russland gegenüber förmlich aufgegeben; dies hatte zur Folge, daß eine ähnliche Erwiderung russischer Seitens gegen Preußen ausgesprochen wurde. Sie können sich denken, in welche Verlegenheit dadurch Graf Brandenburg geriet, zumal die Art, wie man die Erwartung aussprach, gerade nicht die zarteste war. Daß Österreich bei seinen Versuchen, Preußen wieder in die Hände des Bundestags zu spielen, gleichfalls darauf rechnet, daß Preußen die Verfassung wieder abweist, kann ich Ihnen aus eben so sicherer Quelle mittheilen. In allen diesen, den Abgeordneten beider Kammer in Berlin wohlbekannten Momenten, können Sie den Grund finden, warum die Worte des Königs von Preußen in der Thronrede: „die Verfassung, an der ich unverbrüchlich festhalte“, einen so großen Jubel hervorriefen.“

Der Chef des allgemeinen Kriegsdepartements, General-Major Leo, ist zum Kommandanten von Glogau, und der General-Major und Inspector der 1. Ingenieur-Inspektion, v. Wangenheim, zum Chef des allgemeinen Kriegsdepartements ernannt. Der Commandeur des Garde-Dragoner-Regiments, Oberst v. Schlemüller, ist zum Commandeur der 7. Kavallerie-Brigade; der Commandeur des 1. Garde-Ulanen- (Landwehr-) Regiments, Oberst-Lieutenant v. Lenkim, zum Commandeur der 2. Kavallerie-Brigade; der Commandeur des 2. Garde-Ulanen- (Landwehr-) Regiments, Graf zu Solms-Rödelheim, zum Commandeur der 12. Kavallerie-Brigade ernannt. — Der Major Graf von Dröllig ist zum interimistischen Commandeur des Garde-Dragoner-Regiments; Se. Durchlaucht der Prinz von Holstein, Major im Regiment Garde-du-Corps, zum interimistischen Commandeur des 2. Garde-Ulanen- (Landwehr-) Regiments, der Major Graf v. Wrzschowicz Sekera v. Sedecz zum interimistischen Commandeur des 1. Garde-Ulanen- (Landwehr-) Regiments ernannt. (B. Ztg.)

[Die Ausweisung des Redakteurs Dr. Rud. Haym] so sagt die Const. Ztg., „ist eine Maßregel, für welche die gangbare Bezeichnung „vormärzlich“ durchaus unpassend erscheint. Denn nicht etwa zu einer Strenge und Rücksichtlosigkeit des Verfahrens, wie es vor dem Jahre 1848 im Gebrauche gewesen wäre, kehrt die Regierung damit zurück, sondern sie überbiert vielmehr die Vergangenheit bei Weitem. Das sich das System, welches vor dem politischen Umschwung der letzten drei Jahren in Preußen herrschte, überall den bestehenden Gesetzen unterordnet, daß es die Grundzüge, welche es als die leitenden des Staates und als die feindlichen verkündet hatte, sorgfältig befolgt und daß die Regierung, wenn sie mit ihren Ansichten und Schriften in einen Zwiespalt mit der öffentlichen Meinung geriet, der letzteren wenigstens eine achtungsvolle Erwähnung und Schonende Behandlung nicht versagte, wird Niemand leugnen. Aber eben so wenig kann gelehnt werden, daß das jetzige Kabinett einen ganz anderen Standpunkt einnimmt, der nicht blos gegen das bestimmte Verlangen und Recht des Volkes, sondern sogar gegen dieselben Vorausezungen gerichtet ist, die dies Kabinett ausdrücklich als die seiner Regierungs- und Handlungsweise aufgestellt hat. Es bekannte sich zu einem aufrichtigen Constitutionalismus und bei der ersten Gelegenheit, wo eine berechtigte und durch den Drang des Augenblicks stürmisch herausgeförderte Opposition mit der Politik des Ministeriums in ernsten Widerspruch gerath, greift es zur Gewalt zurück, um das Preßorgan dieser Opposition zu bestrafen, wenn nicht zu beseitigen. Nicht zufrieden mit einer oktoptierten Verordnung, wodurch die Zeitungsliteratur der Willkür der Verwaltungsbehörden unterworfen wird, wendet sich die Regierung auch gegen die Person des Redakteurs und verbietet einem preußischen Unterthanen den Aufenthalt in der Hauptstadt des Landes, behandelt einen unbescholtener, selbst von seinen politischen Gegnern wegen seines Geistes und seiner Begabung geachteter Mann, wie einen Bagabonden und Almosenfänger. Ein Auftreten in der Presse, wie das der „Constitutionellen Zeitung“ in der jüngsten Epoche wäre allerdings in vormärzlichen Tagen in einem Staate, der weder Freiheit noch Verfassung besaß, eine Unmöglichkeit gewesen. Allein eben so unmöglich war damals auch ein Verfahren, wie das gegen Hamm, wodurch die persönliche Freiheit des Einzelnen und die öffentliche Meinung Alter aufs Tiefste verletzt wird. Anstatt vorwärts zu gehen, sind wir auch insofern nur zurückgewichen, daß sich jetzt die Gewalt mehr als jemals erlaubt, und daß der Regierung gerade diejenigen Mittel als die willkommensten gelten, die von der allgemeinen Überzeugung die schändeten und gehässigten am meisten verurtheilt werden. — Was die formelle Seite der Ausweisung Hayms anlangt, so spricht § 36 der Generalinstruktion zur Ausführung des Präsidial-Edikts vom 17. Juni 1817 des Polizei-Behörde das Recht zu, die bereits ertheilte Aufenthalts-Erlaubnis, wenn ihr gegen „ein Individuum“ Bedenken beigegeben, zu beschränken. Durch das Gesetz vom 31. Dezember 1842 über Freizügigkeit ic. ist in Beziehung auf die Passvorschriften gegen „Fremde und Reisende“ nichts geändert. Da aber Haym in Preußen weder ein Fremder, noch in Berlin, wo er eine Zeitung redigte, ein „Reisender“ war, so treffen obige Bestimmungen offenbar seinen Fall gar nicht und eine Kabinetsordre, die einzelne Plätze der Monarchie unter Ausnahmenvorschriften stellt, kann nicht vorhanden sein, denn eine solche ist nie verklendet worden. Wollte man jedoch selbst annehmen, daß ein Schriftsteller, der in Berlin ein Blatt herausgibt, und daß ein preußischer Staatsangehöriger, der mit den Mitteln des Unterhalts verfehlt, seinen Aufenthalt in einem andern als seinem Geburtsort wählt, ein „Fremder und Reisender“ werde, so hat es doch gewiß niemals im Sinne der angezogenen Gesetzeslagen, den Polizeibehörden eine andere Befugnis einzuräumen als die öffentliche Sicherheit zu überwachen und die Gemeinden vor Feindseligkeiten und die Reduzierung der holsteinischen Armee herbeizuführen. Da in Preußen mit der Entfernung des Hrn. v. Madowitz ein Systemwechsel eingetreten ist, und das jetzige Ministerium sich nicht auf die Gothaer Partei, sondern auf das speziell preußische stützt, so kann die preußische Regierung dies auch thun, ohne mit sich in Widerspruch zu gerathen. Sie wird in Holstein eben so konservativ auftreten müssen, als sie gesungen ist, es in eigenen Lande zu thun. Nachdem Preußen seine Qualität als Großmacht in die erste Linie gestellt hat, kann es seine Politik nicht von der des übrigen Großmächte trennen und wird deshalb auch aufschnellen müssen, die Revolution in Holstein zu begünstigen. Sollte daraus auch eine Impopularität hervorgehen, so wird dieser Nachtheil dadurch reichlich aufgewogen, daß es sich Russland gewissermaßen kann, als es seither der Fall gewesen ist. Man kann es sich nicht verhehlen, daß Preußen den Erfolg seiner deutschen Politik hauptsächlich darauf stützt, daß Russland über eine gewisse Linie hinaus aufschreiten müsse, seine Widersacher zu unterdrücken. Diese Linie ist diejenige, wo Preußen offen und entschieden mit der Revolution gebrochen hat, und nur noch seine speziell preußischen Interessen, gestützt auf die konservativen Elemente seines Staates, zu verteidigen trachtet. Demnach müssen wir auch gewärtig sein, daß die preußische Regierung Alles aufstellen wird, um bei den Verhandlungen des Landtags den Sieg der speziell-preußischen Partei sicher zu stellen. Gelegentlich ihres nicht und sollte die Partei der Gothaer oder der Unionisten neuerdings ans Ruder gelangen, so würde nicht nur Österreich, sondern auch Russland gezwungen sein, den Kampf mit Preußen aufzunehmen, entstehe daraus, was da wolle.“

Nach einer Mittheilung der „N. Hessischen Ztg.“ scheint es jedoch zweifelhaft, ob eine speziell-preußische Majorität in unsern Kammergen genügen wird, uns Russland seine Wohlwollen zu sichern, welches vielmehr in einem Aufgeben des parlamentarischen Systems überhaupt geknüpft scheint. Dieses Blatt bestätigt die bereits in Österreich vorlieb bis uns vielfach hervorgetretenen Besorgnisse in Betreff der Warschauer Verhandlungen durch folgende, aus angeblich guter Quelle geschöppte Mittheilung: „Österreich hat durch Staatsvertrag die Verfassung vom 4. März 1849 Russland gegenüber förmlich aufgegeben; dies hatte zur Folge, daß eine ähnliche Erwiderung russischer Seitens gegen Preußen ausgesprochen wurde. Sie können sich denken, in welche Verlegenheit dadurch Graf Brandenburg geriet, zumal die Art, wie man die Erwartung aussprach, gerade nicht die zarteste war. Daß Österreich bei seinen Versuchen, Preußen wieder in die Hände des Bundestags zu spielen, gleichfalls darauf rechnet, daß Preußen die Verfassung wieder abweist, kann ich Ihnen aus eben so sicherer Quelle mittheilen. In allen diesen, den Abgeordneten beider Kammer in Berlin wohlbekannten Momenten, können Sie den Grund finden, warum die Worte des Königs von Preußen in der Thronrede: „die Verfassung, an der ich unverbrüchlich festhalte“, einen so großen Jubel hervorriefen.“

Deputen und wiederholte die Aeußerung: „Ich hoffe, Das wird nicht nötig sein!“ Darauf marschierte das Bataillon auf der Leipziger Straße seiner weiteren Bestimmung entgegen. (Span. 3.)

D e u n t s c h l a n d .
Frankfurt, 26. Nov. [Ein neuer Versuch zur Lösung der kurhessischen Frage.] Ich bin im Stande, aus zuverlässigster Quelle Ihnen die Mittheilung zu machen, daß die kurhessische Regierung beim Bundestage die Erklärung abgegeben hat, „daß Se. Königliche Hoheit der Kurfürst mit zwei oder dreitausend Mann verlässlicher kurhessischer Truppen nach Kassel aufzubrechen beabsichtige, um die Regierung seines Landes verfassungsmäßig wieder zu übernehmen. Der Kurfürst habe die Ansicht, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung in Kurhessen von nun an ihm obliegen müsse, und daß er deshalb der Überzeugung sich hingebe, die Truppen, welche der Bundestag dahin entsandt habe, zu gleicher Zeit von denselben zurückzugezogen zu sehen.“ — In Folge dieser Erklärung hat Graf Thun noch im Laufe des 24. November nach Wien um die Zustimmung zu derselben telegraphische Anfrage ergehen lassen. Man erwartet, daß Fürst Schwarzenberg diesem Vorschlag seine Zustimmung erteilen werde. Man verachtet sogar, daß diese Zustimmung bereits hier eingetroffen sei, und Sie werden augenblicklich von mir Nachricht erhalten, wenn sich dieselbe bestätigt.

— * Kassel, 27. Novbr. [Tagesbericht.] Von den Höchstbesteuerten des hiesigen Wahlbezirks wurde heute die Wahl der Abgeordneten zum nächsten Landtag vorgenommen. Gewählt wurden: der Legationsrat v. Wirsingrode mit 66 Stimmen von 67 anwesenden Wählern, und der Dekonom Weinbauer zu Vollmarschhausen mit 36 Stimmen. — So eben ist die Reserve des 18. preuß. Inf.-Regiments, 1100 Mann stark, hier eingetrückt, und wird auch hier übernachten, um morgen mit der Eisenbahn nach Hersfeld, ihrem Bestimmungsort, zu ziehen.

W e i m a r , 27. Novbr. [Militärisches.] Gestern Abend beim Appell hat das 1. Bataillon Befehl erhalten, sich marschfertig zu machen. — Auch hier sind eine Anzahl Patrioten zusammengetreten, für die eidestreuen kurhessischen Offiziere Beiträge in Empfang zu nehmen.

W e i m a r , 25. November. [Die preußischen Truppenbewegungen] dauern noch immer fort; wir haben heute und gestern wieder starke Einquartierung gehabt. Diese Mannschaften kamen vom Westen und marschierten nach Osten; außerdem gehen fast täglich große Scharen von Landwehrleuten hier durch, deren Sammelplatz Erfurt ist; auch auf der Eisenbahn liegen öfters lange Züge von preußischen Truppen vorüber und der Staats Telegraph ist oft bis tief in die Nacht in steter Bewegung. — Auch die Truppen der sächsischen Fürstenthümer sollen mobil gemacht werden; es heißt, daß sie sammt und sondes 50,000 Mann ins Feld stellen sollten.

V o n d e r w e i m a r i s - h e s s i s c h e n G r e n z e , 26. Nov. Es sieht jetzt wieder ziemlich kriegerisch bei uns aus, da von Erfurt her in Extrajahrs und täglich mehrere preußische Truppenmassen nach dem Innern Kurhessens befördert werden. In Eisenach selbst sind nun schon mehrere Tage das erste und dritte Bataillon des von Frankfurt a. M. gekommenen 31. Regiments einquartiert, und scheint allem Anschein nach längere Zeit dahier bleiben zu wollen. Der Oberkommandeur, Herr v. Oberg, hielt vorgestern bei der Parade an diese Truppen eine kurze Ansprache, in welcher er besonders die Erwartung ausprägt, daß sie, welche in Baden sich Lorbeer erkämpft, gewiß auch jetzt Mut und Hingabe beweisen würden, wo es gilt, Preußens Ehre vor den Augen Deutschlands zu retten.

△ M ü n c h e n , 26. November. [Tagesbericht.] Heute war großer Jubel bei Hofe. Erzherzog Albrecht von Österreich, Kommandeur des bei Nördlingen konzentrierten österreichischen Armeekorps, ist heute Vormittag mit der Eisenbahn hier angekommen. König Max ließ den österreichischen Prinzen am Bahnhof durch zwei Hofmarschälle empfangen und nach Niedenz geleitet. Dann sammelten sich hierauf sämtliche königliche Prinzen in Generalsuniform, um die zu machen den kriegerischen Maßregeln zu besprechen. Gegen zwei Stunden mochte der König von Nördlingen eintreffen. Einem hiesigen Bataillon des von Frankfurt a. M. gekommenen 31. Regiments wurde einquartiert, und scheint allem Anschein nach längere Zeit dahier bleiben zu wollen. Der Oberkommandeur, Herr v. Oberg, hielt vorgestern bei der Parade an diese Truppen eine kurze Ansprache, in welcher er besonders die Erwartung ausprägt, daß sie, welche in Baden sich Lorbeer erkämpft, gewiß auch jetzt Mut und Hingabe beweisen würden, wo es gilt, Preußens Ehre vor den Augen Deutschlands zu retten.

M ü n c h e n , 26. November. [Tagesbericht.] Heute war großer Jubel bei Hofe. Erzherzog Albrecht von Österreich, Kommandeur des bei Nördlingen konzentrierten österreichischen Armeekorps, ist heute Vormittag mit der Eisenbahn hier angekommen. König Max ließ den österreichischen Prinzen am Bahnhof durch zwei Hofmarschälle empfangen und nach Niedenz geleitet. Dann sammelten sich hierauf sämtliche königliche Prinzen in Generalsuniform, um die zu machen den kriegerischen Maßregeln zu besprechen. Gegen zwei Stunden mochte der König von Nördlingen eintreffen. Einem hiesigen Bataillon des von Frankfurt a. M. gekommenen 31. Regiments wurde einquartiert, und scheint allem Anschein nach längere Zeit dahier bleiben zu wollen. Der Oberkommandeur, Herr v. Oberg, hielt vorgestern bei der Parade an diese Truppen eine kurze Ansprache, in welcher er besonders die Erwartung ausprägt, daß sie, welche in Baden sich Lorbeer erkämpft, gewiß auch jetzt Mut und Hingabe beweisen würden, wo es gilt, Preußens Ehre vor den Augen Deutschlands zu retten.

H u l d a , 26. Novbr. [Aus dem bayerischen Lager.] Einige kleine Veränderungen entstanden heute in den Kantonments der Bundesstruppen ein. Namentlich wurde das 1. Kürassier-Regiment in Fulda durch das 2. abgelöst, welches bisher in umliegenden Dörfern gelegen hatte. Ebenso traten im Generalsquartierstafel viele Veränderungen ein, in Folge der neuen Formation der bayerischen Armee, welche 2 mobile und 2 immobile Corps bildet: das 1. mobile unter Gen. L. v. Gumpenberg zu Bamberg, das 2. das eben im Bundesdienste stehende unter dem Gen. d. Cav. Fürsten v. Thurn und Taxis.

[Die bayerischen Gewaltthäufigkeiten.] Nachrichten aus Fulda zufolge betragen sich die jetzt dort befindlichen Truppen anständiger und menschlicher, als die zuerst eingerückten. Es sind Franken, und stehen an Besitzung uns. Hessen und Preußen viel näher, als von den ihnen grundsätzlich verschiedenen Baiern. Ein Kampf mit Preußen, welchem bekanntlich die Sympathien ganz Frankens und der Pfalz gehören, würde ihnen wenig Freude machen. Mas die Baiern betrifft, so stehen diese wie ihre österreichischen Kameraden nach auf derselben Stufe hoher Sitze auf, welchen sie in dreißigjährigen Kriegen standen; ein Fortschritt der Bildung ist nicht zu bemerken. Nicht bloß in der Drach und in den weiten Paterhöfen, erinnern sie an die Lanzknechte des späteren Mittelalters. Man glaubt nicht, daß die Kühheit bloß dem gemeinsen Soldaten eigen sei, sie macht sich bis in die höchsten Offiziersgrade hin breit. Soll doch der Oberkommandirende, Fürst von Thurn und Taxis, selbst, dem Gastwirthe zum Kursfürsten gedroht haben, wenn er ihm nicht halb so billige Preise mache, als dem preuß. Befehlshaber (Gen. v. Gröden) hatte täglich 1 Thlr. gezahlt, so werde er ihm wieder gelähmt, das Geld wird überall zurückgehalten, Vorrath-Einkäufe von Lebensmitteln von Manchem gemacht, die Gelder aus der Sparkasse erhoben. — Die Truppenzusammenfassungen erfolgen bei Grossenhain, Riesa und bei Pirna und Königstein. Die Sichertheit der Elbklinte liegt offenbar für den Kriegsfall im Plane. Sämtliche Pontons sind gestern nach Pirna zu gebracht; die Munitions-Magazine werden geleert. Die Einquartierung hier und in nächster Umgegend ist beträchtlich. In den Dörfern sind Nächts bereits Feldwachen ausgestellt. Österreichische Truppen haben die Grenze noch nicht überstimmt. Die neue Eisenbahnbrücke ist so weit vorgerückt, daß sie im Notfall passierbar ist. Theater, Konzerte sind leer.

D r e s d e n , 26. November. [Die hiesige Thätigkeit in kriegerischen Vorbereitungen] hat wieder aufgenommen, und damit auch die künstliche Spannung der Gemüter und die Befürchtung eines Kampfes, dessen Folgen und Endziel außer aller Berechnung liegen. Die Sicherung des Königlichen Eigentums auf dem Königstein hat schon ihren Einfluß so weit geäusserzt, daß in manchen Familien Vorbereitungen in gleicher Art gemacht werden. Es muss unerschieden bleiben, ob man dabei die der Regierung feindlichen oder die befriedeten Militärkolonien im Auge hat. Der Verkehr ist seit einigen Tagen wieder gelähmt, das Geld wird überall zurückgehalten, Vorrath-Einkäufe von Lebensmitteln von Manchem gemacht, die Gelder aus der Sparkasse erhoben. — Die Truppenzusammenfassungen erfolgen bei Grossenhain, Riesa und bei Pirna und Königstein. Die Sichertheit der Elbkl

im Innern Sachsen sich ihn nicht denken können. Schon bisher gänzlich entblößt von allem sächsischen und preußischen Courant und nur allein hingewiesen auf das hier courirende österreichische Papiergeld und die kleinen österreichischen Kupfer- und Silbermünzen so wie die bekannten Schuh- und Zwanzigkreuze hat der Umstand, daß auch die meisten Rassenbillers theils gar nicht, theils nur mit Verlust angenommen werden, einen höchst nachteiligen Einfluß auf die Geschäfte, namentlich auch auf den Handwerker und Proletarierstand ausgeübt, was eben hier um so drückender wird, als die vielen Geschäftsbeziehungen mit dem nahen Böhmen notwendig leiden müssen. — In Reichenberg, sechs Stunden von hier, der bekannten großen Fabrikstadt Böhmen, ist seit acht Tagen fast ein Tag vergangen, wo nicht mehrere Regimenter, meist Kräute, die Stadt passiert, übernachtet oder auf Dauer einquartiert worden wären. Die meisten dieser Truppen haben an den sächsisch-preußisch-böhmischem Grenze in und um Friedland Garnisonen besetzt, werden noch immer verstärkt und stehen so den in der preußischen Oberlausitz zusammengezogenen preußischen Truppen ganz nahe gegenüber. Auch in Grottau, dem ein Stündchen von hier gelegenen ersten böhmischen Städtchen, im Grafenstein und im böhmischen Antheile von Ullersdorf sind Grenzer angefangen, je ein Offizier mit mehreren Mann von den sogenannten Rothmanteln (Sachsen), die sich durch ihr halbwüdes orientalisches Aussehen und ihre eigentümliche Bewaffnung (lange Flinten, Pistolen und Dolche im Gürtel und krumme Säbel) vor den andern Truppen ausscheiden, hatte vor einigen Tagen auf dem gräßlichen Glam-Gallas'schen Schloß Grafenstein bereits Quartier genommen, ist jedoch wieder abgerückt. (D. A. 3.)

Hannover. 26. Nov. [Agitation.] Im ganzen Lande hat man sich nummehr in ganz gesetzlicher Weise gegen einen Durchmarsch von österreichischen Truppen ausgesprochen, und es sind Petitionen und Adressen an Se. Majestät den König und das Gesamtministerium von den verschiedenen Korporationen und Vereinen erlassen worden, worin gleichzeitig in vielen dieser Schriftstücke der Wunsch gefaßt worden ist: durch ein festes Anschließen an Preußen und seine Politik, Deutschland diese Schwach zu ersparen, nur auf diese Weise könne man für die Zukunft des Vaterlandes Garantien haben, daß es eine der deutschen Nation würdige Stellung einzunehmen werde. In allen Kreisen ist aber hier die Aufregung eine nur dem Jahre 1848 gleichkommend, und alle Augen sind auf Preußen gerichtet, von welchem man die Lösung der gegenwärtigen Wirren unter allen Umständen erwarten. (Reform.)

Braunschweig. 26. Novr. [Militärisches.] Der amtliche Theil der "Braunschweigischen Anzeigen" enthält eine Bekanntmachung, in welcher das Ministerium auf "Alerhöchsten Spezialbefehl" den Ankauf von Pferden ordnet und bestimmt wird, daß die betreffenden Bestimmungen bei einem bevorstehenden Ausmarsch unserer Truppen auch auf den übrigen Bedarf der Brigade Anwendung finden sollen.

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten. Kiel, 27. Novr. Es werden alle Anstalten getroffen, um Rendsburg von allen überflüssigen Personen und Gegenständen frei zu machen; so werden z. B. die sämtlichen Lazarette aus der Festung nach Altona verlegt; dagegen werden in der Festung noch einige Gebäude zur etwaigen Aufnahme der Regierung und der Departements-Chefs mit ihren Büros errichtet. (Ref.)

Oesterreich.

Wien. 28. November. Gestern Abends sind Sr. Durchlaucht Fürst v. Schwarzenberg, Ministerpräsident, in Begleitung des k. k. Ministerialthats Baron Thiers, dann Sr. Excellenz des Freiherrn v. Meyendorff, k. russischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers am hiesigen Hofe, des Grafen Buol v. Schauenstein, des Herrn v. Dubril, kaiserlich russischen Gesandtschafts-Attache, endlich des Grafen v. Westphalen, königl. preußischen Kammerherren, und Grafen Lehndorff, königl. preußischen Gesandtschaftsattache, nach Olmütz abgereist, woselbst auch der königlich preußische Minister v. Manteuffel mittels Separatist heut Abends zu einer Konferenz eintreffen wird. — An diese Meldung knüpft die ministerielle österreichische Korrespondenz folgende Worte: "Die kaiserlich österreichische Regierung, festhaltend an dem Bestreben, den inneren Frieden von Deutschland zu wahren, und entschlossen, zu diesem Ende kein Mittel unsichtbar zu lassen, hat mit Bereitwilligkeit die Hand zu einer persönlichen Zusammenkunft des kaiserlich österreichischen und des königlich preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten gebeten, um wo möglich durch eine unmittelbare Verhandlung eine friedliche Ausgleichung der streitigen Fragen herbeizuführen. Der kaiserlich österreichische Herr Ministerpräsident Fürst v. Schwarzenberg hat sich zu diesem Zwecke gestern Abends nach Olmütz begeben, wo er mit dem königl. preußischen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherrn v. Manteuffel, zusammen treten wird."

Die lith. Korrespondenz meldet, daß man in Wien davon spreche, Sr. Majestät der Kaiser werde sich nach Breslau begeben, wohin Se. Majestät der König von Preußen bereits gereist sei. Wahrscheinlich hat der letztere Theil dieser Meldung dieselbe Quelle, welche die Voß. Ztg. benutzt. Diese hat sich bereits eine Berichtigung des Staats-Anz. zugezogen, — von Berlin.)

N. B. Wien. 28. Novr. [Tagesbericht.] Die Angelegenheit der orientalischen Kirche ist geordnet. Die romanische Kirche wird durch Gründung eines romanischen Erzbistums, wie dies beantragt wird, doch nicht aus dem Verbande der serbischen Kirche scheiden. — Die Minister des Innern und des Kultus gaben der Deputation der Pester evangelischen Gemeinde die beruhigendsten Zusicherungen, daß es nicht in der Absicht der Regierung liege, die Autonomie der Protestantanten anzutasten, und daß nur vorgebeugt werden soll, damit in Zukunft nicht wieder Politik auf kirchlichem Gebiete verhandelt werde. — Baron Rothschild erhält heute zwanzig Kisten mit Silber, wozu die Agio-Wucherer spekulieren. Dieser Krebschaden nimmt jetzt immer mehr überhand. Selbst das Papiergeld ist nicht davon verschont. Die eigenhülmlichsten Machinationen werden getrieben, um zum Zweck zu gelangen. Als Beleg dazu diene Folgendes. Von einem derlei Individuum wurde für Überlassung von Börsenabzügen eines hiesigen Zeitungsbuches, welches für halboffiziell gehalten wird, täglich 25 fl. C.-M. geboten. Gegen den Betreffenden ist die Klage bei Gericht bereits anhängig gemacht, und im Verlauf der Untersuchung dürften manche interessante Aufschlüsse über das gegenwärtige Börsenspekulationswesen zu Tage kommen. — Einem Schreiben aus New-York vom 2. November entnehmen wir, daß mehrere Korphäen der Oktober-Revolution sich dasebst und in der Umgebung aufhalten. Füster ist bei einer Reform-Gemeinde als Prediger angestellt. Goldmark treibt seine ärztliche Praxis. Violand war eine Zeit lang Theilnehmer an einem deutschen Blatte; neuestens soll er sich bei einem Industrie geschäft betheiligt haben. Auch der bekannte Legionair Wutschel hatte sich in jener Stadt eingefunden.

Prag. 25. November. [Truppenbewegungen.] Seit vorgestern Abend haben die militärischen Trüge fast ununterbrochen auf beiden Eisenbahnen fortgebaut. Ein Artillerie-Train, der am 23. November Abends einrückte, brauchte vier Stunden zu seinem Buge durch die Stadthore;

er mußte aus Mangel an Raum auf den großen Plätzen aufgestellt werden. Gestern Morgen rückte das erste Grenadiers-Bataillon hier ein; seit 1848 hatte Prag diese Branche nicht in seinen Mauern gesehen; heute ist es bereits nach Lobositz abgezogen. Im Laufe dieses Tages wird ein Kavallerie-Regiment durchdrücken; in der Kavallerie wird über die Schnelligkeit des Marsches bedeutende Klage geführt, die Mannschaft verzerrt täglich mehr Pferde; denn die Kavallerie, von Italien oder dem südlichen Ungarn kommend, muß 6 Meilen per Tag machen. — Ressende von Olmütz kommen, erzählen, daß das Haupt der Auftrag eingetroffen sei, die Dächer der Festung nahestehenden Häuser abzutragen. Die Universität in Olmütz wird nach Kremsier übertragen, da das Gebäude in einer Kaserne umgewandelt wird. — Seit gestern ist der Geschäftswelt für den Frachtwiehr auch die Verbindung mit Brünn abgeschlossen, da die Verwaltung keine Waggons zur Verfügung hat. (D. A. 3.)

Am 26. trafen abermals 2000 Mann Infanterie in Böhmischem Friedland ein. Auch der FM. Graf Radetsky wird dabei erwartet. Über das Benehmen der Soldaten wird sehr geklagt, wozu hauptsächlich das Papiergeld Veranlassung gibt, indem die Soldaten bei Einkäufen auf die von ihnen gezahlten Scheine baares Geld zurück verlangen, was bei dem gänzlichen Mangel an Silbergeld nicht gewährt werden kann. Am 26. sind 2 österreichische Offiziere nebst 2 Gemeinen etwa 100 Schritte über die Grenze auf der Dorfstraße nach Hartmannsdorf heruntergekommen. In Reichenberg steht Kavallerie. (C. C.)

Verona. 25. Novr. Die offizielle Kundmachung bezüglich der Gründung einer Subskription für das lomb.-venetianische Anteilen, welches darnach als freiwilliges und eventuell als ein Zwangsdarlehen dargestellt wird, ist heute erschienen.

Italien.

Turin. 24. Novr. Die Deputiertenkammer versammelte sich gestern unmittelbar nach der ersten Sitzung, in welcher die Thronrede verlesen worden war, zur Wahl des neuen Bureaus. Alle Mitglieder desselben, mit Ausnahme des Vicepräsidenten Palu, wurden neuwählten bestätigt. Anfang des Leitgenannten, der sich wegen seiner Nichtkenntnis der italienischen Sprache als unbrauchbar zum Präsidium erwies, ist Bauscampagni gewählt worden. — Nach der "Croce di Savoia" unterliegt es kaum einem Zweifel mehr, daß Dr. Pinelli abermals zum Präsidenten gewählt werden wird. — Die "Croce di Savoia" bringt einen Leitartikel, in welchem die Rüstungen Frankreichs bespricht. Sie sagt u. a.: "Frankreich wird gegen ein gewichtetes Heer der Freiheit nicht in den Kampf ziehen."

Schweiz.

Aus der italienischen Schweiz. 18. Novr. Auch Sardinien rüstet, vor der Hand in aller Stille. Man will in Turin wissen, daß die außerordentlichen Rüstungen Neapels nicht sowohl auf eine Abweisung der projektierten Magazinischen Expedition, als vielmehr auf den Plan hinzielten, sich mit Österreich in die Herrschaft der Halbinsel zu teilen. Der betreffende Vertrag soll einstwohl die Besetzung Toscanas durch neapolitanische Truppen stipulieren. Diesem würden sich Sardinien und England widersetzen. (F. J.)

Frankreich.

Paris. 26. Novr. [Tagesbericht.] Hr. v. Persigny spricht seit seiner Rückkehr aus Berlin unendlich viel über die deutsche Angelegenheit, und zwar nicht nur in den politischen Salons, sondern auch in den Theatern. Nach seinen Neuerungen herrsche in Preußen eine so mächtige kriegerische Stimmung, daß der König sich veranlaßt sehen könnte, abzudanken, wenn er jenem Aufschwung nicht nachgeben wollte!

Die Besorgnis vor einem Kriege in Deutschland fährt übrigens fort die Regierung wie die National-Versammlung in einem hohen Grade zu beschäftigen, und obgleich entschlossen, die Neutralität zu bewahren, agiren sie doch beide in der Voraussetzung eines nahe bevorstehenden Konflikts.

Einstweilen hat die Furcht vor einem Kriege in Deutschland hier zu dem glücklichen Resultat geführt, daß eine aufsichtige Aussgleichung zwischen dem Präsidenten und Chiangarnier zu Stande gekommen ist. Der Letztere soll nunmehr auch seine Einwilligung gegeben haben, das Kommando in Paris zu verlassen, um das über eine 60.000 Mann starke Armee zu übernehmen, welche am Rhein zusammengezogen werden soll. Das Pariser Kommando würde in diesem Falle ganz eingehen.

Allein noch schlägt man sich nicht in Deutschland, und anseits wird die National-Versammlung in jedem Falle dem Gouvernement die strenge Neutralität anempfehlen, so lange Frankreich nicht bedroht ist. Mit der Rhein-Armee steht es demnach noch weit im Felde; vorläufig handelt es sich nach den ausdrücklichen Erklärungen des Minister, nur um eine Verstärkung der Ost-Garnisonen. Chiangarnier wird also auch noch lange in Paris verbleiben können.

Es wird für deutsche Leser nicht ohne Interesse sein, einige in der gestrigen Debatte ausgesprochenen Ansichten des Herrn v. Beaumont über die deutsche Angelegenheit zu vernehmen, der zu Anfang des Jahres den Gesandtschaftsposten in Wien bekleidet hat. Hr. v. Beaumont erklärt sich principaliter gegen eine Einmischung in die deutsche Angelegenheit und besonders gegen eine Allianz mit Preußen. „Welches sollte das Motiv unserer Intervention in Deutschland sein? — sagte er. Sollte es von dem Gesichtspunkte der Gefahren aus gesehen, welche unsere nationale Unabhängigkeit, die Existenz unseres Gouvernements bedrohen? Ich kann an diese Gefahren nicht glauben. Ich glaube nicht an eine systematische Feindschaft gewisser nordischer Kabinette, deren Angriff zuvorzuholen man uns gern anzeigen möchte. In Ganz erscheinen sich die Beziehungen unseres gegenwärtigen Gouvernements zu jenen auswärtigen Mächten eines besseren Wohlwollens, als es der Juli-Regierung nach 1830 zu Theil geworden ist. Frankreich und sein Gouvernement werden sicherlich von sämtlichen europäischen Kabinetten respektiert werden, so lange auch wir sie respektieren.“

Der Redner ging dann zu der Frage über, ob nicht die durch Österreich bedrohte Freiheit Deutschlands von Frankreich geschützt werden müsse. „Man könnte — sagte er — die Frage von dem Standpunkte der allgemeinen Freiheit aussaffen, von dem Standpunkte eines Konflikts zwischen Preußen als Repräsentanten der Freiheit und Österreich als Repräsentanten des Despotismus.“ Diese Auffassung will Hr. Beaumont aber gar nicht gelten lassen, „ denn das alte, despätische Österreich existiert gar nicht mehr.“ — Österreich hat eine Constitution! Und das sagt Hr. Beaumont, der Gesandter in Wien gewesen ist? — Der Redner gibt uns im Verlaufe seiner Rede schon die Antwort auf diese Frage. „Wo ist das Interesse Frankreichs in dem Kampfe zwischen Preußen und Österreich? — fragt er. „Ich weiß es nicht; ich will es untersucht lassen. Aber wenn ich es versuche, so würde ich vielleicht finden, daß die Bildung eines großen deutschen Staates den Interessen Frankreichs direkt entgegen steht, dessen Beziehungen zu einem Bundesstaat viel schwerer sein würden, als zu dem bisherigen Staatenbunde.“ — Folgerichtig muß Österreich ein konstitutioneller Staat sein!

Prag. 25. November. [Truppenbewegungen.] Seit vorgestern Abend haben die militärischen Trüge fast ununterbrochen auf beiden Eisenbahnen fortgebaut. Ein Artillerie-Train, der am 23. November Abends einrückte, brauchte vier Stunden zu seinem Buge durch die Stadthore;

der National-Versammlung geben. Herr Creton hat heute nämlich beantragt, seine Proposition baldigt auf die Tagessordnung zu setzen, und der Minister des Innern erklärte bei dieser Gelegenheit auch sofort, daß die Regierung gegen die Proposition sei. Mit schwacher Majorität ist die Debatte der Proposition auf den nächsten Sonnabend festgesetzt worden. Es ist kaum zu zweifeln, daß die Proposition verworfen werden wird, aber ohne eine stürmische Debatte wird es nicht abgehen. Herr Creton hat übrigens angezeigt, daß er seinen Antrag alle sechs Monate aufs Neue einbringen wird. (D. A. 3.)

Großbritannien.

London. 25. November. [Verschiedenes.] Die preußische Thronrede, die heute von den hiesigen Blättern in wortgetreuer Uebersetzung gegeben wird, hat im Ganzen einen unbefriedigenden Eindruck gemacht, da man darin jede bestimzte Andeutung über die eigentlichen Absichten Preußens vermisst. Was das preußische Kabinett nicht will, ist allerdings ziemlich klar, was es aber will, darüber scheint es selbst nicht im Unklaren zu sein. Sogar die Daily News, welche die Redeklüner findet, als man von Herrn Manteuffel hätte erwarten können, räumt ein, daß ihr Hauptfehler in einem Mangel an Klarheit und Offenheit besteht. Der preußische Monarch hätte sich für die Aufrechterhaltung einer verfassungsmäßigen Regierung nicht nur in seinen eigenen Staaten, sondern auch in anderen deutschen Ländern erklären müssen. Er hätte sich dabei auf den Vertrag von Wien berufen können, um die Politik zu rechtfertigen, die er bisher in Bezug auf Holstein und Hessen befolgt habe. Statt dessen scheint die Thronrede die konstitutionelle Frage geistlosen zu vermeiden. Sie übergeht die Rechte Holsteins mit Stillschweigen und motiviert die preußische Intervention in Hessen nur durch strategische Gründe.

Unter den Fashionable Arrivals bemerkte man heute den Generalleutnant v. Radetsky, der in Fonton's Hotel abgestiegen ist. Die Times wollen nicht glauben, daß er bloß dazu nach England gekommen sei, um technische Studien zu machen, und legt seiner Reise politische Beweggründe unter.

[Eine Erklärung Englands.] Die "Düsseldorf. Ztg." meldet: "Wir erhalten aus Paris aus sehr gut unterrichteter Quelle nachstehende sehr wichtige Nachricht:

"Die Blätter haben schon mehrmals gemeldet, daß von Wien Schritte gemacht werden, um die Anerkennung des sogenannten Frankfurter Bundestages durch die englische Regierung zu erwirken. Österreich soll ein überaus großes Gewicht auf diese Anerkennung legen, und aus Grund der geringen Bereitwilligkeit, die es bei Lord Palmerston getroffen, sich sogar direkt an die Königin Viktoriä gewendet haben. Dieser neue Schritt soll denselben Erfolg gehabt haben wie die früheren, und der Brief an die Königin soll unbeantwortet geblieben sein, hauptsächlich in Folge der Opposition des Prinzen Albert. In einer Note, welche Lord Palmerston am 18. d. an den Fürsten Schwarzenberg gerichtet, erklärt der Chef des Foreign Office, daß England sich nie herablassen wird, den Frankfurter Bundestag anzuerkennen, so lange die Bundestrappen in Hessen bleiben und der Bundestag nicht die bestimmtesten Erklärungen gemacht in Hinsicht des unantastbaren Bestandes der konstitutionellen Regierungsförderung im Kurstaate. Auch selbst wenn diese unüberwindliche Schwierigkeit beseitigt würde, so würde England andere gewichtige Gründe haben, um dem Bundesstaat seine Anerkennung zu verweigern."

Die Blätter haben schon mehrmals gemeldet, daß von Wien Schritte gemacht werden, um die Anerkennung des sogenannten Frankfurter Bundestages durch die englische Regierung zu erwirken. Österreich soll ein überaus großes Gewicht auf diese Anerkennung legen, und aus Grund der geringen Bereitwilligkeit, die es bei Lord Palmerston getroffen, sich sogar direkt an die Königin Viktoriä gewendet haben. Dieser neue Schritt soll denselben Erfolg gehabt haben wie die früheren, und der Brief an die Königin soll unbeantwortet geblieben sein, hauptsächlich in Folge der Opposition des Prinzen Albert. In einer Note, welche Lord Palmerston am 18. d. an den Fürsten Schwarzenberg gerichtet, erklärt der Chef des Foreign Office, daß England sich nie herablassen wird, den Frankfurter Bundestag anzuerkennen, so lange die Bundestrappen in Hessen bleiben und der Bundestag nicht die bestimmtesten Erklärungen gemacht in Hinsicht des unantastbaren Bestandes der konstitutionellen Regierungsförderung im Kurstaate. Auch selbst wenn diese unüberwindliche Schwierigkeit beseitigt würde, so würde England andere gewichtige Gründe haben, um dem Bundesstaat seine Anerkennung zu verweigern."

Unter den Fashionable Arrivals bemerkte man heute den Generalleutnant v. Radetsky, der in Fonton's Hotel abgestiegen ist. Die Times wollen nicht glauben, daß er bloß dazu nach England gekommen sei, um technische Studien zu machen, und legt seiner Reise politische Beweggründe unter.

[Eine Erklärung Englands.] Die "Düsseldorf. Ztg." meldet: "Wir erhalten aus Paris aus sehr gut unterrichteter Quelle nachstehende sehr wichtige Nachricht:

"Die Blätter haben schon mehrmals gemeldet, daß von Wien Schritte gemacht werden, um die Anerkennung des sogenannten Frankfurter Bundestages durch die englische Regierung zu erwirken. Österreich soll ein überaus großes Gewicht auf diese Anerkennung legen, und aus Grund der geringen Bereitwilligkeit, die es bei Lord Palmerston getroffen, sich sogar direkt an die Königin Viktoriä gewendet haben. Dieser neue Schritt soll denselben Erfolg gehabt haben wie die früheren, und der Brief an die Königin soll unbeantwortet geblieben sein, hauptsächlich in Folge der Opposition des Prinzen Albert. In einer Note, welche Lord Palmerston am 18. d. an den Fürsten Schwarzenberg gerichtet, erklärt der Chef des Foreign Office, daß England sich nie herablassen wird, den Frankfurter Bundestag anzuerkennen, so lange die Bundestrappen in Hessen bleiben und der Bundestag nicht die bestimmtesten Erklärungen gemacht in Hinsicht des unantastbaren Bestandes der konstitutionellen Regierungsförderung im Kurstaate. Auch selbst wenn diese unüberwindliche Schwierigkeit beseitigt würde, so würde England andere gewichtige Gründe haben, um dem Bundesstaat seine Anerkennung zu verweigern."

Unter den Fashionable Arrivals bemerkte man heute den Generalleutnant v. Radetsky, der in Fonton's Hotel abgestiegen ist. Die Times wollen nicht glauben, daß er bloß dazu nach England gekommen sei, um technische Studien zu machen, und legt seiner Reise politische Beweggründe unter.

[Eine Erklärung Englands.] Die "Düsseldorf. Ztg." meldet: "Wir erhalten aus Paris aus sehr gut unterrichteter Quelle nachstehende sehr wichtige Nachricht:

"Die Blätter haben schon mehrmals gemeldet, daß von Wien Schritte gemacht werden, um die Anerkennung des sogenannten Frankfurter Bundestages durch die englische Regierung zu erwirken. Österreich soll ein überaus großes Gewicht auf diese Anerkennung legen, und aus Grund der geringen Bereitwilligkeit, die es bei Lord Palmerston getroffen, sich sogar direkt an die Königin Viktoriä gewendet haben. Dieser neue Schritt soll denselben Erfolg gehabt haben wie die früheren, und der Brief an die Königin soll unbeantwortet geblieben sein, hauptsächlich in Folge der Opposition des Prinzen Albert. In einer Note, welche Lord Palmerston am 18. d. an den Fürsten Schwarzenberg gerichtet, erklärt der Chef des Foreign Office, daß England sich nie herablassen wird, den Frankfurter Bundestag anzuerkennen, so lange die Bundestrappen in Hessen bleiben und der Bundestag nicht die bestimmtesten Erklärungen gemacht in Hinsicht des unantastbaren Bestandes der konstitutionellen Regierungsförderung im Kurstaate. Auch selbst wenn diese unüberwindliche Schwierigkeit beseitigt würde, so würde England andere gewichtige Gründe haben, um dem Bundesstaat seine Anerkennung zu verweigern."

Unter den Fashionable Arrivals bemerkte man heute den Generalleutnant v. Radetsky, der in Fonton's Hotel abgestiegen ist. Die Times wollen nicht glauben, daß er bloß dazu nach England gekommen sei, um technische Studien zu machen, und legt seiner Reise politische Beweggründe unter.

[Eine Erklärung Englands.] Die "Düsseldorf. Ztg." meldet: "Wir erhalten aus Paris aus sehr gut unterrichteter Quelle nachstehende sehr wichtige Nachricht:

"Die Blätter haben schon mehrmals gemeldet, daß von Wien Schritte gemacht werden, um die Anerkennung des sogenannten Frankfurter Bundestages durch die englische Regierung zu erwirken. Österreich soll ein überaus großes Gewicht auf diese Anerkennung legen, und aus Grund der geringen Bereitwilligkeit, die es bei Lord Palmerston getroffen, sich sogar direkt an die Königin Viktoriä gewendet haben. Dieser neue Schritt soll denselben Erfolg gehabt haben wie die früheren, und der Brief an die Königin soll unbeantwortet geblieben sein, hauptsächlich in Fol

Aus der Provinz. [Kirchendiebstahl.] — Brandstiftungen. — Mord.] In der Nacht vom 5. und 6. November sind Diebe durch das Sakristei-Fenster der Kirche zu Leuber im Kreise Neustadt eingebrochen und haben aus derselben aus dem gewaltsam geschnittenen Geldstocke 13 Thl. 10 Sgr., 2 Pf., zwei silberne Kelche, die Monstrance und ein silbernes Kreuzchen gestohlen. Einem Auffichtsbeamten ist es gelungen, die Thäter in den Personen des Häusler Andreas Hettwer und Schneider Joseph Wistuba aus Klein-Pramen zu ermitteln, und nachdem dieselben verhaftet sind, sind sie dem Landrats-Amte überliefert worden.

Am 13. November brannten durch muthmaßlich vorsätzliche Brandstiftung zu Buttstädt im Kreise Glogau zwei Baugüter und eine Kuschnerschele nieder; ohne daß bis jetzt der Thäter dieser Brandstiftung ermittelt worden ist.

Am 23. November wurde im Walde zwischen Voigmanns-

dorf und Schweblich im Kreise Grottkau ein seit höchstens 24 Stunden ermordeter männlicher Leichnam aufgefunden. Nach dem bei sich führenden Wanderbuche war der Ermordete ein Stellmachergeselle aus Obernigk im Kreise Trebnitz. Der Thäter ist bis jetzt noch nicht ermittelt.

Am 23. November war die Gärtnersche des Gottfried Marek zu Hartlieb im Kreise Breslau abgebrannt und ruhte der dringende Verdacht der Brandstiftung auf dem Besitzer, welcher auch einem Auffichtsbeamten am Abend das Geständnis abgelegt hat, daß er der vorsätzliche Brandstifter sei, worauf derselbe auf Anordnung der Polizeiamtschaft verhaftet und der Behörde zur Bestrafung überliefert wurde.

* **Neisse.** 27. November. [Jäger. — Personalia.] Einen Theil des zweiten Aufgebotes, welcher bisher noch nicht bewaffnet war, sehen wir nun mit Gewehren versehen. Seit

gestern bemerkte man Jäger in den Straßen der Stadt, welche hier eingerückt sind, eine als Garnisonstruppen für unsere Festung seltene Erscheinung. — Der wichtige Posten eines Ingenieurs des Platzes ist, nach dem Abgang des seither mit dieser Stelle bekleidet gewesenen Stabsoffiziers, jetzt ein Bruder des preußischen Oberst v. Prittwitz, welcher bekanntlich der Erbauer der Festungswehr von Posen und Ulln ist, anvertraut worden.

gen Prüfung abhängig zu machen, — ist noch nicht zur Ausführung gekommen.

Ähnliche Vorschläge, welche von dem Gewerberathe zu Warmbrunn und anderen kaufmännischen Korporationen an das Handelsministerium gerichtet wurden, sind bereits durch Bescheid vom 25. Septbr. d. J. mit dem Bemerkten zurückgewiesen worden: „daß der Betritt zu einer Kaufmännischen Innung ebensoviel von dem Nachweise der Erlernung der Handlung, wie von der vorgängigen Ablegung einer Prüfung abhängig gemacht, oder die Konkurrenz bei dem Betriebe von Handelsgeschäften durch andere statutarische Gesetzungen beschränkt werden darf.“

Die Beaufsichtigung der Kröhringe, welche an dem Untertricht im Handlungsdienst-Institute Teil nehmen, wird künftig von den Vereinsmitgliedern in alphabetic Reihenfolge geführt werden. Für die nächsten vierzehn Tage haben sich freiwillig gemeldet: die Herren Gründ, Stroblach, Gust. Scholz und Zohn. — Die zeitige Schließung der Geschäftsräume lokale konnte aller Bemühungen des Vorstandes und der meisten Vereinsmitglieder ungeachtet für diesen Winter noch nicht zur Durchführung kommen.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

○ **Breslau.** 29. Novbr. [Kaufmännischer Verein.] Herr Neugebauer befreit die Regulirung des Oberstromes und heißt einige hierauf bezügliche Schriftstücke mit. Die Denkschrift der bissigen Handelskammer an die in Berlin versammelten Landeskammern wird verlesen und allgemein gebilligt. — Der in einer früheren Sitzung zum Beschluss erhobene Antrag, wonach die betreffenden Behörden erfüllt werden sollten, den Handelsbetrieb von einer vorgängi-

Bekanntmachung,

die vaterländische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Elberfeld betreffend.

Auf Antrag des Herrn **Carl August Milde** (Firma: Milde u. Co.) haben wir uns veranlaßt gesehen, denselben von der Verwaltung der Haupt-Agentur unserer Gesellschaft in Breslau zu entbinden, welche mit dem 1. December auf den Herrn **Albert Salice** (Firma: Lorentz Salice) als Haupt-Agenten für die Provinz Schlesien übergeht.

Iudem wir ergeben bitten, hiervon Kenntniß nehmen zu wollen, benutzen wir den Anlass, diese Einführung des Herrn Salice in vorgenannter Eigenschaft, um für unsere Gesellschaft die Fortdauer geneigten Vertrauens zu erbitten.

Elberfeld im November 1850.

Die Direktion der vaterländischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Willemse.

Breslau, den 30. November 1850.

Lorentz Salice.

In Bezug auf vorstehende Bekanntmachung der Direktion der vaterländischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, empfehle ich mich zur Annahme von Versicherungen, und werde ich nicht minder für die Fortsetzung des bestehenden Geschäfts die grösste Sorgfalt tragen.

Breslau, den 30. November 1850.

Eisenwerks-Pacht.

Zum notwendigen Verkaufe des hier unter der Urfage Nr. 44, 45 und 46 belegenen, dem Kretschmer Johann Karl Friedrich Kottwitz gehörigen, aus 17.013 Rthlr. 16 Sgr. 11 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf

den 1. Mai 1851.

Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Fürst in unserem Parteizimmer anberaumt.

Tore und Hypotheken-Schein können in der Subhafts-Registrier eingehen werden.

Zu diesem Termine werden hierdurch vorge-
laden: Johann George Zehndel oder dessen
Erben.

Breslau, den 16. Oktober 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhafts-Bekanntmachung.
Zum notwendigen Verkaufe des hier unter der Urfage Nr. 53 belegenen, dem Kretschmer Johann Karl Kottwitz gehörigen, aus 17.013 Rthlr. 16 Sgr. 11 Pf. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf den 1. Februar 1851.

Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Fürst in unserem Parteizimmer anberaumt.

Tore und Hypotheken-Schein können in der Subhafts-Registrier eingehen werden.

Zu diesem Termine werden hierdurch vorge-
laden: Johann George Zehndel oder dessen
Erben.

Breslau, den 16. Oktober 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhafts-Bekanntmachung.
Zum notwendigen Verkaufe des hier unter der Urfage Nr. 53 belegenen, dem Kretschmer Johann Karl Kottwitz gehörigen, aus 17.013 Rthlr. 16 Sgr. 11 Pf. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf den 3. Februar 1851.

Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Fürst in unserem Parteizimmer anberaumt.

Tore und Hypotheken-Schein können in der Subhafts-Registrier eingehen werden.

Zu diesem Termine werden hierdurch vorge-
laden: Johann George Zehndel oder dessen
Erben.

Breslau, den 16. Oktober 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhafts-Bekanntmachung.
Zum notwendigen Verkaufe des hier unter der Urfage Nr. 32 belegenen, dem Kretschmer Johann Karl Kottwitz gehörigen, aus 17.013 Rthlr. 16 Sgr. 11 Pf. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf den 31. März 1851.

Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Fürst in unserem Parteizimmer anberaumt.

Tore und Hypotheken-Schein können in der Subhafts-Registrier eingehen werden.

Zu diesem Termine werden hierdurch vorge-
laden: Johann George Zehndel oder dessen
Erben.

Breslau, den 16. Oktober 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhafts-Bekanntmachung.
Zum notwendigen Verkaufe des hier unter der Urfage Nr. 32 belegenen, dem Kretschmer Johann Karl Kottwitz gehörigen, aus 17.013 Rthlr. 16 Sgr. 11 Pf. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf den 7. Juli 1851.

Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Fürst in unserem Parteizimmer anberaumt.

Tore und Hypotheken-Schein können in der Subhafts-Registrier eingehen werden.

Zu diesem Termine werden hierdurch vorge-
laden: Johann George Zehndel oder dessen
Erben.

Breslau, den 16. Oktober 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhafts-Bekanntmachung.
Zum notwendigen Verkaufe des hier unter der Urfage Nr. 32 belegenen, dem Kretschmer Johann Karl Kottwitz gehörigen, aus 17.013 Rthlr. 16 Sgr. 11 Pf. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf den 20. Novbr. 1850.

Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Fürst in unserem Parteizimmer anberaumt.

Tore und Hypotheken-Schein können in der Subhafts-Registrier eingehen werden.

Zu diesem Termine werden hierdurch vorge-
laden: Johann George Zehndel oder dessen
Erben.

Breslau, den 16. Oktober 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhafts-Bekanntmachung.
Zum notwendigen Verkaufe des hier unter der Urfage Nr. 32 belegenen, dem Kretschmer Johann Karl Kottwitz gehörigen, aus 17.013 Rthlr. 16 Sgr. 11 Pf. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf den 2. XII. 6. R. Δ III.

Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Fürst in unserem Parteizimmer anberaumt.

Tore und Hypotheken-Schein können in der Subhafts-Registrier eingehen werden.

Zu diesem Termine werden hierdurch vorge-
laden: Johann George Zehndel oder dessen
Erben.

Breslau, den 16. Oktober 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhafts-Bekanntmachung.
Zum notwendigen Verkaufe des hier unter der Urfage Nr. 32 belegenen, dem Kretschmer Johann Karl Kottwitz gehörigen, aus 17.013 Rthlr. 16 Sgr. 11 Pf. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf den 2. XII. 6. R. Δ III.

Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Fürst in unserem Parteizimmer anberaumt.

Tore und Hypotheken-Schein können in der Subhafts-Registrier eingehen werden.

Zu diesem Termine werden hierdurch vorge-
laden: Johann George Zehndel oder dessen
Erben.

Breslau, den 16. Oktober 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhafts-Bekanntmachung.
Zum notwendigen Verkaufe des hier unter der Urfage Nr. 32 belegenen, dem Kretschmer Johann Karl Kottwitz gehörigen, aus 17.013 Rthlr. 16 Sgr. 11 Pf. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf den 2. XII. 6. R. Δ III.

Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Fürst in unserem Parteizimmer anberaumt.

Tore und Hypotheken-Schein können in der Subhafts-Registrier eingehen werden.

Zu diesem Termine werden hierdurch vorge-
laden: Johann George Zehndel oder dessen
Erben.

Breslau, den 16. Oktober 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhafts-Bekanntmachung.
Zum notwendigen Verkaufe des hier unter der Urfage Nr. 32 belegenen, dem Kretschmer Johann Karl Kottwitz gehörigen, aus 17.013 Rthlr. 16 Sgr. 11 Pf. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf den 2. XII. 6. R. Δ III.

Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Fürst in unserem Parteizimmer anberaumt.

Tore und Hypotheken-Schein können in der Subhafts-Registrier eingehen werden.

Zu diesem Termine werden hierdurch vorge-
laden: Johann George Zehndel oder dessen
Erben.

Breslau, den 16. Oktober 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhafts-Bekanntmachung.
Zum notwendigen Verkaufe des hier unter der Urfage Nr. 32 belegenen, dem Kretschmer Johann Karl Kottwitz gehörigen, aus 17.013 Rthlr. 16 Sgr. 11 Pf. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf den 2. XII. 6. R. Δ III.

Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Fürst in unserem Parteizimmer anberaumt.

Tore und Hypotheken-Schein können in der Subhafts-Registrier eingehen werden.

Zu diesem Termine werden hierdurch vorge-
laden: Johann George Zehndel oder dessen
Erben.

Breslau, den 16. Oktober 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhafts-Bekanntmachung.
Zum notwendigen Verkaufe des hier unter der Urfage Nr. 32 belegenen, dem Kretschmer Johann Karl Kottwitz gehörigen, aus 17.013 Rthlr. 16 Sgr. 11 Pf. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf den 2. XII. 6. R. Δ III.

Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Fürst in unserem Parteizimmer anberaumt.

Tore und Hypotheken-Schein können in der Subhafts-Registrier eingehen werden.

Zu diesem Termine werden hierdurch vorge-
laden: Johann George Zehndel oder dessen
Erben.

Breslau, den 16. Oktober 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhafts-Bekanntmachung.
Zum notwendigen Verkaufe des hier unter der Urfage Nr. 32 belegenen, dem Kretschmer Johann Karl Kottwitz gehörigen, aus 17.013 Rthlr. 16 Sgr. 11 Pf. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf den 2. XII. 6. R. Δ III.

Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Fürst in unserem Parteizimmer anberaumt.

Tore und Hypotheken-Schein können in der Subhafts-Registrier eingehen werden.

Zu diesem Termine werden hierdurch vorge-
laden: Johann George Zehndel oder dessen
Erben.

Breslau, den 16. Oktober 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhafts-Bekanntmachung.
Zum notwendigen Verkaufe des hier unter der Urfage Nr. 32 belegenen, dem Kretschmer Johann Karl Kottwitz gehörigen, aus 17.0